

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Hakan Taş (LINKE)

vom 07. Mai 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Mai 2015) und **Antwort**

Abschiebungen leicht gemacht (III) – Festnahmen, Inhaftierungen, Abschiebungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Personen lebten in den Jahren seit 2009 jeweils zum Stichtag 31.12. in Berlin, die vollziehbar ausreisepflichtig waren (bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln)?

Zu 1.: Die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Personen wird statistisch nicht erfasst und kann auch nachträglich nicht erhoben werden. Die Zahlen der seit 2009 jeweils zum Stichtag 31.12. ausreisepflichtigen Personen stellen sich ausweislich der Geschäftsberichte des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten wie folgt dar:

| Jahr | Anzahl ausreisepflichtiger Personen |
|------|-------------------------------------|
| 2009 | 2.127 |
| 2010 | 2.566 |
| 2011 | 3.373 |
| 2012 | 4.061 |
| 2013 | 4.803 |
| 2014 | 9.600 |

2. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen
a. reisten in den Jahren seit 2009 aus dem Land Berlin „freiwillig“ aus,
b. wurden in den Jahren seit 2009 aus dem Land Berlin abgeschoben?
(Bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln.)

Zu 2a.: Diese Daten werden in der Ausländerbehörde statistisch nicht erhoben. In der bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) geführten Statistik wird die Anzahl der Personen erfasst, die im Rahmen der humanitären Hilfsprogramme REAG (Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany) und GARP (Government Assisted Repatriation Program) freiwillig aus Berlin ausgereist sind. Von 2009 bis April 2015 waren dies insgesamt 2.342 Personen. Zur Auf-

schlüsselung nach Jahren wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

| Jahr | Anzahl der freiwilligen Ausreisen mit REAG/GARP |
|------------------|-------------------------------------------------|
| 2009 | 126 |
| 2010 | 159 |
| 2011 | 243 |
| 2012 | 331 |
| 2013 | 392 |
| 2014 | 815 |
| 2015 (bis April) | 276 |
| Gesamt | 2.342 |

Der Senat geht jedoch davon aus, dass die Gesamtzahl der freiwillig aus Berlin ausgereisten Personen deutlich höher ist, weil eine große Anzahl an Personen ohne die Inanspruchnahme von REAG/GARP-Mitteln ausreist. Erkenntnisse aus der Verwaltungspraxis legen nahe, dass dies insbesondere für Asylfolgeantragstellerinnen und Asylfolgeantragsteller aus den Westbalkanstaaten gilt, die nach einer bereits geförderten Ausreise im Rahmen des REAG/GARP-Programmes keinen Anspruch auf eine erneute Förderung haben und oft ohne jegliche Behördenvorsprache mehrfach aus- und später wieder einreisen. Eine statistische Erfassung dieser Fälle erfolgt nicht.

Zu 2b: In den Jahren 2009 bis April 2015 wurden insgesamt 3.323 Personen aus Berlin abgeschoben. Zur Aufschlüsselung nach Jahren wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

| Jahr | Anzahl der abgeschobenen Personen |
|------|-----------------------------------|
| 2009 | 611 |
| 2010 | 533 |
| 2011 | 453 |
| 2012 | 363 |
| 2013 | 500 |
| 2014 | 602 |

| | |
|-------------------------|--------------|
| 2015 (bis April) | 261 |
| Gesamt | 3.323 |

- b. als „Direktabschiebungen“,
 - c. aus der Abschiebungshaft heraus oder
 - d. aus der Strafhaft heraus statt?
- (Bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln.)

3. Wie viele der seit dem Jahr 2009 durchgeführten Abschiebungen fanden

- a. als „Einladungsabschiebungen“ („Selbstgestellungen“),

Zu 3a bis 3d: Es wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

| Jahr | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|-------------------------------------------|---------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Selbstgestellungsabschiebungen | nicht erfasst | 39 | 57 | 62 | 35 | 17 | 2 |
| Direktabschiebungen | 56 | 14 | 7 | 24 | 267 | 464 | 214 |
| Abschiebungen aus Abschiebungshaft | 433 | 363 | 262 | 150 | 75 | 19 | 1 |
| Abschiebungen aus Strafhaft | 122 | 117 | 127 | 127 | 123 | 102 | 44 |
| Gesamtzahl | 611 | 533 | 453 | 363 | 500 | 602 | 261 |

4. Wie viele der seit dem Jahr 2009 durchgeführten „Direktabschiebungen“ erfolgten

- a. durch Abholung aus einem Wohnheim,
- b. durch Abholung aus einer Privatwohnung oder
- c. durch Festnahme bei einem Vorsprachetermin bei der Ausländerbehörde?

(Bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln.)

8. Trifft es zu, dass die Ausländerbehörde Berlin vermehrt auf das Instrument der für die Betroffenen mit äußerst starken Belastungen verbundenen „Direktabschiebungen“ zurückgreift, weil die rechtlichen Anforderungen zur Anordnung von Abschiebungshaft immer höher wurden und Berliner Amtsgerichte immer seltener die Anträge der Ausländerbehörde auf Abschiebungshaft bestätigt haben?

5. Wie viele der seit dem Jahr 2009 aus dem Land Berlin durchgeführten Abschiebungen fanden

- a. in Zuständigkeit des Landes Berlin,
 - b. im Rahmen der Amtshilfe für welche anderen Bundesländer sowie
 - c. in Zuständigkeit der Bundespolizei statt?
- (Bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln.)

9. Welche sonstigen Gründe gibt es für die vermehrte Durchführung von „Direktabschiebungen“?

6. Wie viele Haftanordnungen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht mittels Freiheitsentziehung (Abschiebungshaft) hat die Ausländerbehörde Berlin in den Jahren seit 2009

- a. beantragt,
 - b. erwirkt, und
 - c. wie viele davon wurden tatsächlich vollzogen?
- (Bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln.)

Zu 8. und 9: Es trifft zu, dass die Ausländerbehörde seit dem Jahr 2012 vermehrt auf das Mittel der Direktabschiebung zurückgreift. Bei diesem Verfahren wird so weit wie möglich auf Freiheitsentziehungen, die erheblich in die Grundrechte der Betroffenen eingreifen, verzichtet. Stattdessen wird der Abschiebungsvollzug so organisiert, dass es nur zu Freiheitsbeschränkungen kommt. Aufgrund des Verzichtes auf Abschiebungshaft ist die Maßnahme weniger belastend für die Betroffenen und somit das angemessenere und verhältnismäßigere Mittel zur Durchsetzung der Ausreisepflicht. Anlass für die Verfahrensänderung des Abschiebungsvollzugs war die Änderung der Rechtsprechung der zuständigen Gerichte in Freiheitsentziehungsverfahren.

Zu 4. bis 6.: Die erbetenen Daten werden statistisch nicht erfasst.

7. Für wie viele Personen gab es in den Jahren seit 2009 auf Antrag der Ausländerbehörde Berlin einen Haftbefehl?

- a. Wie viele Personen wurden auf Veranlassung der Ausländerbehörde Berlin festgenommen?
 - b. Wie viele davon wurden in den Amtsräumen der Ausländerbehörde Berlin festgenommen?
- (Bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln.)

10. Ist dem Senat der Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 23. September 2014 über rechtliche Hinweise und verfahrensmäßige Vorgaben zur Organisation und Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs (Abschiebung) und zur Beantragung von Abschiebungshaft bekannt? Wenn ja, wie bewertet er die Zielstellung, die mit der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht verbundenen Belastungen so gering wie möglich zu halten?

Zu 7a bis b: Die Ausländerbehörde beantragt keine Haftbefehle, sondern Haftbeschlüsse. Im Übrigen wird mitgeteilt, dass die gewünschten Daten statistisch nicht erfasst werden.

11. Existiert eine vergleichbare Zielstellung für die Ausländerbehörde Berlin im Bereich der Durchführung des Rückführungs- und Rücküberstellungsvollzugs oder steht eine hohe Umsetzungsquote bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen im Vordergrund?

Zu 10. und 11.: Ja, der erwähnte Runderlass ist dem Senat bekannt. Auch Berlin arbeitet mit der Zielstellung, die mit der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht verbundenen Belastungen so gering wie möglich zu halten. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird auf das Mittel der Freiheitsentziehung weitgehend verzichtet (siehe auch Antwort zu den Fragen 8 und 9). Darüber hinaus wird sowohl aus rechtlichen als auch aus humanitären Gründen der freiwilligen Ausreise vor der erzwungenen Rückführung Vorrang gegeben.

Sofern eine freiwillige Ausreise nicht erfolgt oder nicht in Betracht kommt, ist es der gesetzliche Auftrag der Ausländerbehörde, die vollziehbare Ausreisepflicht der Betroffenen durchzusetzen. Ein Ermessen besteht hier nicht.

Nach Auffassung des Senats ist es vorbehaltlich unabweisbarer Härtefälle unabdingbar, bestehende Ausreisepflichten konsequent durchzusetzen, damit wirklich Schutzberechtigte zeitnah ihren Aufenthaltsstatus erhalten können und die große Akzeptanz der Bevölkerung nachhaltig erhalten bleibt. Dies haben auch Bund und Länder bei einem Sondertreffen im Oktober 2014 gemeinsam bekräftigt.

Mit Blick auf den anhaltend hohen Zustrom von Flüchtlingen nach Berlin und die daraus resultierenden massiven Unterbringungsnotwendigkeiten besteht gerade in Berlin ein hohes Interesse, den Aufenthalt von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern zeitnah zu beenden. Insbesondere gilt es, die Ausreisepflicht der abgelehnten Asylantragstellerinnen und Asylantragsteller aus den sicheren Herkunftsländern Serbien, Bosnien und Mazedonien konsequent durchzusetzen. Ziel ist es, die Betroffenen aus diesen Ländern durch den Aufbau eines dauerhaften Ausreisedrucks so weit wie möglich zur freiwilligen Ausreise zu motivieren. Darüber hinaus soll die Aufenthaltsdauer so weit verkürzt werden, dass der Asyl- bzw. Asylfolgeantragstellung die wirtschaftliche Attraktivität so weit wie möglich genommen wird. Letztlich können nur so die Kapazitäten gewonnen werden, um die große Anzahl der nach Berlin einreisenden Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten optimal unterstützen zu können.

12. Aus welchen Gründen ist seit 2014 in die Zielvereinbarung der Ausländerbehörde Berlin die Zielvorgabe von jährlich 1.200 „Rückführungen“ (Abschiebungen) und „kontrolliert freiwilligen Ausreisen“ aufgenommen worden?

13. Aus welchen Gründen ist seit 2013 in die Zielvereinbarung der Ausländerbehörde Berlin eine Zielvorgabe zum jährlichen Anteil der „Direktabschiebungen“ an allen

Abschiebungen neu aufgenommen und seitdem exorbitant erhöht worden (2013: 8 %, 2014: 60 %, 2015: 80 %)? Wie hoch war seitdem die jährliche Zielerfüllungsquote (bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln)?

Zu 12. und 13.: Die Ausländerbehörde wird als Leistungs- und Verantwortungszentrum mit Zielvereinbarungen gesteuert. Die strategischen und operativen Ziele (wie die Aufenthaltsbeendigung) werden jährlich anhand von Zielvereinbarungen und unter Berücksichtigung der Werte und Erfahrungen aus dem Vorjahr mit der Amtsleitung verhandelt sowie intern und extern kommuniziert.

Es ist richtig, dass in der Zielvereinbarung für den Leistungszeitraum 2014 zwischen der Direktorin des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten und dem Leiter der Berliner Ausländerbehörde als Indikator für das externe Produkt Nr. 68764 „Aufenthaltsbeendigung“ die Anzahl der „Rückführungen und kontrolliert freiwilligen Ausreisen im Sachgebiet IV R 3“ benannt ist und hier als Zielvorgabe 1200 vereinbart wurde.

Es ist des Weiteren richtig, dass 2013 in die Zielvereinbarung der Ausländerbehörde der Indikator „Anteil der Direktabschiebungen ohne Haftbeschluss an allen Abschiebungen seit dem 1.1. in Prozent“ erstmalig aufgenommen wurde und sich seitdem der vereinbarte Anteil in Prozent erhöht hat. Die Entwicklung des Anteils der Direktabschiebungen an allen Abschiebungen stellt sich wie folgt dar:

| Jahr | Prozent |
|--------------------|-----------------------|
| 2013 | 53,40 % (267 von 500) |
| 2014 | 77,08 % (464 von 602) |
| 1.1. bis 30.4.2015 | 81,99 % (214 von 261) |

Ursächlich für die Vereinbarung dieser Indikatoren war, dass seit 2012 bei Abschiebungen so weit wie möglich auf Freiheitsentziehungen verzichtet wird. Stattdessen wird der Abschiebungsvollzug so organisiert, dass es möglichst nur zu Freiheitsbeschränkungen kommt (siehe auch Antwort zu den Fragen 8 und 9). Ziel ist es, bei einem starken Anstieg der Zahl der Ausreisepflichtigen und einer daran orientierten Zahl von kontrolliert freiwilligen Ausreisen und Rückführungen möglichst wenige Abschiebungen aus Abschiebungshaft durchzuführen.

14. Welche positiven wie negativen Konsequenzen haben die Erfüllung sowie die Nicht-Erfüllung der oben genannten Zielvorgaben für die Ausländerbehörde Berlin (Leistungsprämie für Führungskräfte/Mitarbeiter*innen, Mittelzuweisung etc.)?

Zu 14.: Die Ziele dienen der internen Steuerung und turnusmäßigen Überprüfung, ob die Beschäftigten und die vom Haushaltsgesetzgeber zugewiesenen Sachmittel ergebnisorientiert und sachgerecht eingesetzt werden. Werden die bei Abschluss der Zielvereinbarung als realistisch angesehenen Ziele nicht erfüllt, wird auf Leitungsebene ausgewertet, woran dies liegt und ob gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden. Es

entstehen daraus weder positive noch negative Konsequenzen für einzelne Beschäftigte.

15. Wie viele „Einladungsabschiebungen“ hat die Ausländerbehörde Berlin in den Jahren seit 2009 ausgesprochen? Wie viele Personen sind dieser „Einladungsab-

schiebung“ in den Jahren seit 2009 jeweils nachgekommen und haben sich „selbst gestellt“?

Zu 15.: Die erbetenen Daten werden erst seit 2010 erfasst. Es wird auf die folgende Auflistung verwiesen:

| Jahr | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--------------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Aufforderungen zur Selbstgestaltung | 526 | 893 | 779 | 780 | 257 | 34 |
| Davon der Auf-forderung gefolgt | 39 | 57 | 62 | 35 | 17 | 2 |

16. Wie viele Abschiebungen sind in den Jahren seit 2009 durch die Ausländerbehörde Berlin terminiert worden? Wie viele davon wurden (vorübergehend) ausgesetzt? Wie viele davon wurden aus gesundheitlichen Gründen (vorübergehend) ausgesetzt (bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln)?

Zu 16. und 17.: Die gewünschten Daten werden statistisch nicht erfasst.

17. Wie viele „Rückführungsflüge“ hat die Ausländerbehörde Berlin in den Jahren seit 2009 gebucht? Wie viele davon wurden tatsächlich für Abschiebungen genutzt und wie viele hat sie storniert (bitte nach Jahr und Anzahl aufschlüsseln)?

18. Welche Kosten (Flugtickets, Polizeibegleitung, medizinische Dienstleistungen etc.) sind dem Land Berlin in den Jahren seit 2009 im Zusammenhang mit Rückführungsmaßnahmen insgesamt entstanden (bitte nach Jahr und Summe aufschlüsseln)?

Zu 18.: Zu den entstandenen Kosten wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

| Jahr | Grund | Kosten in Euro |
|-------------|-------------------------------|-----------------------|
| 2009 | Flugtickets | 381.722 |
| | Begleitung | 41.349 |
| | medizinische Dienstleistungen | 0 |
| 2010 | Flugtickets | 318.237 |
| | Begleitung | 42.254 |
| | medizinische Dienstleistungen | 0 |
| 2011 | Flugtickets | 310.475 |
| | Begleitung | 32.955 |
| | medizinische Dienstleistungen | 4.653 |
| 2012 | Flugtickets | 342.234 |
| | Begleitung | 23.106 |
| | medizinische Dienstleistungen | 5.121 |
| 2013 | Flugtickets | 411.510 |
| | Begleitung | 44.688 |
| | medizinische Dienstleistungen | 19.149 |
| 2014 | Flugtickets | 298.336 |
| | Begleitung | 26.739 |
| | medizinische Dienstleistungen | 59.785 |

19. Welche Verfahrenshinweise, Erlasse oder anderen Weisungen gibt es vonseiten der Senatsinnenverwaltung zum Vollzug von Rückführungsmaßnahmen (bitte beifügen)?

res und Sport bestehen daher nicht und sind auch nicht erforderlich.

Zu 19.: Die Rückführungspraxis der Ausländerbehörde Berlin wird fachaufsichtlich eng begleitet und mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in zahlreichen Dienstbesprechungen, Telefonaten und Mailwechseln abgestimmt. Die Ergebnisse dieser Abstimmungen werden durch die Ausländerbehörde in den Verfahrenshinweisen der Ausländerbehörde Berlin (VAB) umgesetzt. Spezielle Weisungen wie etwa der in Frage 10 genannte Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inne-

Berlin, den 22. Mai 2015

In Vertretung

Bernd Krömer

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Mai 2015)